

Mit Anrufen gegen den Ansturm

Immer mehr Patienten konsultieren die Notfallstationen der Aargauer Spitäler – wie weit kann sie die Telemedizin entlasten?

Matthias Niederberger

Im vergangenen November wurde die Notfallversorgung im Aargau plötzlich selbst zum Notfall. Von einem Tag auf den anderen konnte die Mobile Ärzte AG, die unter anderem seit 2017 für die Anordnungen für fürsorgliche Unterbringungen verantwortlich war, keine medizinischen Dienstleistungen mehr übernehmen. Die Firma meldete den Konkurs an (siehe Artikel unten).

Darüber wurde offenbar niemand informiert. Die Telefone liefen heiss. Finspringen mussten Spitäler und Hausärztinnen. Für viele war es eine zusätzliche Belastung, denn: Über zu wenig Arbeit kann sich im Aargau kaum jemand beklagen. Oder wie die NZZ vergangene Woche schrieb: «Der Aargau ist eine Hausarztwüste.»

Von all den gesundheitspolitischen Herausforderungen im Kanton Aargau ist die Notfallversorgung vermutlich die dringendste, die es in den Griff zu bekommen gilt. Im Rahmen seiner Generalversammlung organisierte der Verband der Haus- und Kinderärzte Aargau (mfe) deshalb ein Podium zu diesem Thema.

Im Aargau kann einiges verbessert werden

Grossandrang sieht anders aus: einige Dutzend Personen haben sich in einem vom Kantonsspital Aarau (KSA) bereitgestellten Saal versammelt. Diese diskutieren dafür umso beherzter.

Man habe eine «Chaos-Phase» hinter sich, sagt der kantonale Gesundheitschef Olivier Gerber gleich zu Beginn. Vom Wegfall der Mobilisten Ärzte seien alle überrannt worden. Kurzfristig mussten die Aargauer Ärztinnen und Ärzte den Notfalldienst rund um die Uhr sicherstellen



Claudine Blaser, CEO von Medgate, erklärte den Anwesenden die Vorteile der Telemedizin.

Bild: Fabio Baranzini

und so neben dem normalen Praxisbetrieb zusätzlich Pikettendienste leisten.

Mit der Oseara AG hat man dann laut Gerber zum Glück rasch eine Lösung für die amtsärztlichen Tätigkeiten gefunden. Zusätzlich helfen weiterhin einige pensionierte Ärzte aus.

Was den Notfalldienst betrifft, wurde im Dezember ein bis Ende Juni dauerndes Pilotprojekt lanciert, das den privaten Telemedizin-Anbieter Medgate miteinbezieht. In der Nacht und am Wochenende übernimmt ein Arzt oder eine Ärztin der Medgate AG telefonisch die Betreuung, womit die Hausärzte in diesem Zeitraum nicht mehr

auf Abruf bereitstehen müssen.

Claudine Blaser, CEO von Medgate, spricht in ihrem Input-Referat von der Telemedizin als «digitaler Hausarztpraxis». In anderen Kantonen gebe es das Angebot schon länger, die Rückmeldungen dort seien gut: Natürlich könne man physische Behandlungen nicht vollständig ersetzen, aber es gebe eine Vielzahl von Patienten, die am Telefon abschliessend behandelt wird. «Bei 62 Prozent der Fälle verhindert Medgate den Gang auf die Notfallstationen», erklärt Blaser.

Olivier Gerber verspricht sich viel von der Telemedizin. Ziel sei es, sie im Aargau in

nächster Zeit zu optimieren: «Der Anrufer soll die Wahl haben zwischen einer ärztlichen Beratung und sonstigen Fragen, beispielsweise zu administrativen Abläufen.»

Spitäler sind am Anschlag

Dass effiziente telefonische Abklärungen zur Verbesserung der Situation beitragen können, ist breiter Konsens. Dass es nicht reichen wird, um die Notfallstationen der Spitäler zu entlasten, allerdings ebenso.

Sonja Gugliemetti, Chefärztin Notfall am Kantonsspital Aarau (KSA), gibt am Anlass einen kurzen Einblick in ihren

Alltag: «Wir haben immer mehr Bagatellen, aber auch immer mehr schwere Fälle», erklärt sie den Zuhörenden. Ihr Team gehe auf dem Zahnfleisch. Es sei für sie schwierig, die Mitarbeitenden zu motivieren. «Die Notfallstation ist ein Auffangbecken. Manchmal kommen morgens um drei Leute zu uns, um ihren Fusspilz zu zeigen. Andere wollen einfach eine Zweitkonsultation einholen.»

Gugliemetti wünscht sich eine bessere Steuerung der Patientenströme. Bisher würden sie im Spital keine Entlastung durch telemedizinische Angebote spüren.

«Bei 62 Prozent der Fälle verhindert Medgate den Gang auf die Notfallstation.»

Claudine Blaser
CEO von Medgate

Dann ufer die Diskussion aus: von der Telemedizin und kantonalen Notfallversorgung aufs Schweizer Gesundheitssystem insgesamt und den Umgang in unserer Gesellschaft mit Krankheiten.

Mehrere Ärztinnen und Ärzte beklagen, dass gerade jüngere Patienten nicht mehr eingeschätzt werden können, wenn ein Gang zum Arzt oder gar in die Notfallstation nötig sei und wann nicht.

Grundsätzlich sei sie bereit, mehr Patienten zu behandeln um die Spitäler zu entlasten, sagt eine anwesende Ärztin. Aber nur, wenn der administrative Aufwand abnehme. «Immer mehr Arbeitgeber fordern bereits nach einem Tag Krankheit ein Arbeitszeugnis», kritisiert eine andere Ärztin.

Nebst der Bürokratie sei das Problem, dass es schlicht zu wenig Hausärzte gebe. Dieses Problem könne man nicht in kurzer Zeit lösen, waren sich viele einig. Olivier Gerber vom Kanton beteuerte, dass er alles daran setze, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, damit der Aargau für Ärztinnen und Ärzte attraktiver wird.

Der Kanton wusste nichts

Im November stellten die Mobilisten Ärzte ihren Betrieb im Aargau ein – der Kanton hatte keine Kenntnis von den Finanznöten

Matthias Niederberger

Die Hiobsbotschaft kam am 12. November 2023: Eine Mitarbeiterin der Mobile Ärzte AG informierte an jenem Sonntagabend mit einem Telefonanruf die kantonale Notrufzentrale, dass die Firma ihre vereinbarten Leistungen gegenüber dem Kanton Aargau nicht mehr erbringen werde. Sie war in Konkurs gegangen.

Die Mobilisten Ärzte waren unter anderem für die Entscheidung über fürsorgliche Unterbringungen und die Prüfung der Haftunterbringungs- und der Einvernahmefähigkeit verantwortlich. Eiligst wurde eine Taskforce einberufen, der Kanton musste Notlösungen organisieren.

Die chaotischen Zustände riefen auch die Politik auf den Plan. Alfons Paul Kaufmann (Mitte) und Therese Dietiker



Die Mobile Ärzte AG war im Aargau unter anderem für die Anordnung der fürsorglichen Unterbringung verantwortlich. Screenshot: Tele MI

(EVP) verlangten von der Regierung mittels Vorstoss eine Auslegung. Unter anderem wollten die beiden Grossräte wissen, seit wann der Regierungsrat um die schwierige Situation des Anbieters

wusste. Nun hat die Regierung den Vorstoss beantwortet. Sie habe keine Kenntnis von der schwierigen finanziellen Situation der Mobilisten Ärzte AG gehabt und sei auch nicht durch die Leistungserbringerin in-

formiert worden, heisst es in der Antwort.

Der Regierungsrat lässt durchblicken, dass er mit den Mobilisten Ärzten nicht vollumfänglich zufrieden war. Zwar habe man die Verträge für die Prüfung der Haftunterbringungs- und Einvernahmefähigkeit bereits für das Jahr 2024 erneuert und auch für die Anordnung der fürsorglichen Unterbringung sei eine vorläufige Weiterführung der Leistungsvereinbarungen geplant gewesen – wohl aber eher mangels Alternativen.

Es hätten «regelmässige Controlling-Gespräche und Standortbestimmungen» stattgefunden. «Die Erfahrungen und die Gespräche hatten gezeigt, dass Verbesserungspotenzial in der Leistungserbringung bestand und dass auch ein Worst-Case-Szenario nicht ausgeschlossen war», schreibt der Regierungsrat.

Sowohl das Departement Volkswirtschaft und Inneres als auch das Departement Gesundheit und Soziales hätten sich auf ein solches Szenario vorbereitet. Dank früher Sondierungsgespräche mit der Oseara AG hat die Firma laut Regierung knapp zwei Wochen nach der Konkursöffnung der Mobilisten Ärzte einen Teil der Leistungen übernehmen können. In Zukunft soll die Firma sämtliche Dienstleistungen im Bereich der fürsorglichen Unterbringungen sowie der Prüfung von Haftunterbringungs- und Einvernahmefähigkeit erbringen.

Keine Option für den Regierungsrat ist eine Wiedereinführung des Amtsarzt-Modells. Dieses sei 2017 abgelöst worden, «weil sich kaum noch Ärztinnen und Ärzte für diese Aufgaben zur Verfügung stellten und die Tätigkeiten neben dem eigenen Praxisbetrieb kaum

sicherzustellen waren». Auch das Institut für Rechtsmedizin könne aus personellen und fachlichen Gründen keine amtsärztlichen Aufgaben übernehmen.

Keine zusätzlichen Kosten für Pflegeheime und Spitäler

Der Konkurs brachte auch Pflegeheime und Spitexorganisationen in eine schwierige Lage. Die Mobilisten Ärzte, welche 2018 die Amtsärzte abgelöst hatten, stellten abends, nachts und am Wochenende – wenn Hausärzte nicht verfügbar sind – für diese Todesbescheinigungen aus und nahmen ärztliche Beurteilungen vor.

Wie die Regierung nun klarstellt, entstanden für die Pflegeheime und Spitexorganisationen keine zusätzlichen Kosten durch die Notfallsituation. Diese Kosten sind durch den Kanton zu tragen.